



DIE BÜRGERLISTE
SCHWÄBISCH G M Ü N D

Stellungnahme zum Haushalt 2019
Fraktion „Die Bürgerliste“

27. Februar 2019

Susanne Lutz

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren
Gemeinderäte, liebe Gäste,

„Global denken - lokal handeln“

„Offen, mutig, verantwortungsvoll!“ Mit diesen Worten haben Sie, Herr Oberbürgermeister Arnold, Ihre Rede zur Einbringung des Haushaltes 2019 überschrieben.

Wir sind der Auffassung, dass im Hinblick auf die sich global eintrübenden wirtschaftlichen Voraussetzungen, der Schwerpunkt vor allem auf verantwortungsvollem Handeln liegen muss, um die ökonomischen Konsequenzen, die sich aus diesen Risiken auch für unsere Stadt ergeben, soweit wie möglich abzuwenden.

Von welchen Risiken sprechen wir?

Die Wirtschaftsverhältnisse zwischen der Europäischen Union, insbesondere aber auch der BRD und den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich weiter abgekühlt.

Es steht die konkrete Gefahr von Strafzöllen seitens der USA gegenüber den deutschen Autobauern im Raum, so grotesk diese Situation auch im Hinblick auf die umfangreiche Produktion deutscher Autobauer in Amerika erscheinen mag.

Diese Strafzölle hätten erhebliche Auswirkungen gerade für die in Baden-Württemberg stark Exportabhängige Fahrzeugindustrie.

Hinzu kommen die nach wie vor nicht abschätzbaren Risiken eines Brexit.

Der ungeordnete Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union scheint immer mehr Realität zu werden. Auch die von den USA im Rahmen ihrer NATO-Beteiligung geforderten höheren Militärausgaben werden den Handlungsspielraum des Bundeshaushaltes weiter einschränken, somit zum Ausfall der von Ihnen, Herr Bantel, auf Seite 3 Ihrer Haushaltsrede erwähnten Bundeshilfen, führen.

Der Blick auf die vorläufige Jahresrechnung für 2018 macht deutlich, dass wir uns auf den dauerhaften Rückgang der Gewerbesteuer einstellen müssen.

Es ist daher nur konsequent, den Planansatz der Gewerbesteuereinnahmen auf 31 Millionen Euro herabzusetzen, wobei unsere Fraktion jedoch befürchtet, dass wir dieses Planergebnis, ebenso wie im Jahre 2018, verfehlen werden.

Gerade der Rückgang der Gewerbesteuer, ebenso wie ihre Unkalkulierbarkeit, müssen zu der Konsequenz führen, dass unsere Stadt ihr Handeln danach ausrichten muss, stabile Einkommensgrundlagen zu schaffen, um - wie Sie Herr Oberbürgermeister Arnold gesagt haben - die Zukunft unserer Stadt verantwortungsvoll gestalten zu können.

Letztlich können wir nur in **einem** Bereich die Einkommenssituation unserer Stadt gestalten, nämlich durch die Erhöhung der Einwohnerzahl unserer Stadt.

Die Anzahl unserer Bürger hat sich erfreulicherweise seit 2011 bis 2018 um ca. 2.931 Einwohner auf 61.036 Einwohner erhöht.

Dies mit der positiven Konsequenz, dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Finanzaufweisungen des Landes im Jahr 2019 sich auf ca. 45 Millionen Euro erhöhen werden. Eine Steigerung um ca. 7,6 Millionen Euro.

Im Auge behalten müssen wir jedoch, dass die Finanzaufweisungen des Landes im Jahre 2022 sich auf etwa 43,6 Millionen Euro abschwächen werden, daher zum derzeitigen Planungszeitraum um ca. 1,6 Millionen Euro geringer ausfallen werden.

Aus diesen Zahlen wird deutlich, welchen entscheidenden Einfluss die Einwohnerzahl für die stabile Finanzlage unserer Stadt hat.

Lassen Sie uns noch einen Blick auf die Ausgabenseite unseres prognostizierten Haushaltes 2019 werfen.

Die Personalkosten werden sich um ca. 3 Millionen Euro erhöhen.

Dies ist einem Stellenzuwachs von 38,2 Stellen geschuldet.

Diesen Stellenzuwachs, Herr Oberbürgermeister Arnold, können wir nur als „*mutig*“ bezeichnen.

Wir werden die Erforderlichkeit dieser Stellen im Einzelnen hinterfragen, insbesondere auch klären müssen, ob es sich bei projektbezogenen Bereichen, wie der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechtes, um dauerhafte oder nur vorübergehende Stellen handelt.

Auch gehen wir davon aus, dass dem Aufwand dieses Stellenzuwachses bereits entsprechende Forderungen gegen gerechnet sind.

Ebenso sind wir der Auffassung, dass die Einstellung eines Flächenmanagers oder aber einer Mobilitätsmanagerin sorgfältig geprüft werden muss, insbesondere inwieweit sich mittlerweile die Aufgabenbereiche in verschiedenen Stellen unserer Stadt überschneiden.

Wir stellen hierzu **einen Antrag**.

Besorgniserregend ist die Kostenentwicklung im Bereich Bildung und Betreuung. Sie ist von 2012 bis 2019 um ca. 8 Millionen Euro angestiegen.

Diese Entwicklung führt unsere Kommune an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und verringert die Investitionsmöglichkeiten unserer Stadt.

Dennoch sind wir der Überzeugung, dass gerade die Förderung von Bildung und Betreuung eine zukunftsweisende Aufgabe unserer Stadt ist.

Wer Einwohner gewinnen will, muss ein gutes Angebot für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Dies gilt insbesondere für Kinderbetreuungsplätze im Bereich „U 3“.

Gerade bei berufstätigen Eltern ist die Kinderbetreuung ein wesentlicher Standortfaktor.

In diesem Bereich zu sparen hieße, an der Zukunft unserer Stadt zu sparen.

Wir sind deshalb ausdrücklich mit sämtlichen zusätzlichen Stellen, die für die Kinderbetreuung erforderlich werden, einverstanden.

Erfreulich ist schließlich auch, dass die Kreisumlage 2019 sinken wird, wenn auch nur um ca. 290.000 Euro. Ebenso wie die Finanzausgleichsumlage mit ca. 200.000 Euro.

Dennoch dürfen wir nicht verkennen, dass trotz gestiegener Finanzausweisungen sowie Anteilen an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer die Höhe der gesamten Umlagen mit ca. 61 Millionen lediglich zu Nettozuweisungen in Höhe von rund 59 Millionen führt, die sich allerdings im Jahre 2022 um ca. 5 Millionen verringern wird. Darauf müssen wir uns nachhaltig einrichten.

Diese 5 Millionen werden sehr schmerzhaft in unserem „Stadtsäckel“ fehlen.

Was den Vermögenshaushalt anbelangt, haben wir im Jahre 2019 nochmals einen Investitionsschwerpunkt mit ca. 31,3 Millionen Euro, der sich dann in den Folgejahren deutlich reduziert.

Ein Schwerpunkt der Investitionen liegt vor allem in der Sanierung unserer Schulen.

Umso bedenklicher stimmen uns bei diesem Investitionsaufwand die Entwicklung der Schülerzahlen, die lediglich bei den Gymnasien eine positive Tendenz zeigen, jedoch insbesondere bei den Grundschulern einen weiteren Rückgang belegen.

So haben nur die Schulen in Straßdorf und Bargau sowie die Friedensschule geringe Steigerungszahlen bei den Schülern. Gerade aber bei der Uhlandschule, in die wir jetzt über 1 Million Euro investieren, gingen die Schülerzahlen um ca. 5 % zurück.

Wir werden auf Dauer den Spagat hoher Investitionen in die Schulen, aber zurückgehender Schülerzahlen mit entsprechend geringeren Landeszuschüssen nicht durchhalten können und müssen uns daher dringend Lösungen überlegen, wie unsere Schulen attraktiver werden.

Die Grundschüler, die wir heute an Privatschulen verlieren, werden voraussichtlich später nicht zu unseren Realschulen oder Gymnasien zurückkehren, sondern bleiben uns dauerhaft verloren.

Ebenso sind unumgängliche Investitionen für die Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehr, mit ca. 1 Million veranlagt.

Die für die Zukunft unserer Feuerwehr aber wesentliche Standortfrage ist bislang, Herr Oberbürgermeister Arnold, nicht angegangen worden.

Wir sind der Auffassung, dass insoweit dringender Handlungsbedarf besteht und **stellen einen entsprechenden Antrag.**

Die Sanierungsarbeiten für die Sportanlagen unserer Stadt, die mit ca. 2,5 Millionen Euro angesetzt sind, können hoffentlich im Jahre 2019 umfassend abgeschlossen werden.

Damit unsere Sportvereine wieder bestmögliche Trainingsstätten haben.

Die Erschließung neuer Baugebiete kostet unsere Stadt ca. 2,7 Millionen Euro.

Bezüglich dieses Aufwandes müssen wir darauf bedacht sein, dass diese Kosten durch möglichst zügigen Verkauf wieder an die Stadt zurückfließen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch die Unterdeckung des Vermögenshaushaltes der Gewinn beim Verwaltungshaushalt in Höhe von ca. 14 Millionen Euro „aufgefressen wird“, so dass wir aus der Allgemeinen Rücklage einen Betrag in Höhe von ca. 2,4 Millionen Euro entnehmen müssen.

Erfreulich ist bei dem prognostizierten Schuldenabbau, dass wir Ende 2019 das erste Mal die 80 Millionen Grenze, wenn auch knapp, unterschreiten.

Insoweit ist die Stadt auf einem sehr positiven Weg, der unbedingt einzuhalten ist, um eine nachhaltige Entschuldung zu erreichen.

Auch das Thema Hallenbad muss zeitnahe sowie zukunftsorientiert und auch verantwortungsvoll gelöst werden.

Die bisherige planerische Vorgehensweise, auch eine Kostenalternative für ein Hallenbad mit einem 50-m-Becken erstellen zu lassen, war ein „Griff nach den Sternen“, der im Hinblick auf die Verschuldungssituation unserer Stadt scheitern musste.

Unsere Fraktion hat mehrfach - vergeblich - darauf hingewiesen, dass wir die Kostenfolge für ein Hallenbad mit einem 50-m-Becken nicht tragen könnten.

Die Stadt Schwäbisch Gmünd, deren Haushalt, wie Sie, Herr Finanzbürgermeister Dr. Bläse, uns immer wieder versicherten, nur mit Mühe die Genehmigungsfähigkeit erreicht, würde keinesfalls vom Regierungspräsidium die Genehmigung für eine derartige Investition erhalten.

Die doch recht drastische Stellungnahme des Regierungspräsidiums hätten wir uns voraussichtlich bei einer Planung, die sich auf ein Hallenbad mit 25-m-Becken beschränkt hätte, ersparen können. Darüber hinaus wäre der gesamte Planungsaufwand für die Investoren geringer geworden, die Planung selbst auch transparenter.

Lassen Sie uns jedoch auch insoweit so schnell wie möglich die Zukunft unserer Stadt gestalten.

Unsere Stadt benötigt ein modernes Hallenbad mit einem zukunftsorientierten Wellnessbereich.

Wir sind der Auffassung, dass daher unverzüglich geklärt werden muss, ob die Investoren die bisherige Planung reduziert auf ein 25 m Becken fortsetzen würden und welche belastbaren Kosten dann für die Stadt bei Realisierung eines derartigen Projektes entstehen würden.

Wir stellen hierzu **einen Antrag**.

Stadtklima

Heiße, trockene Sommer, ergiebige Starkregen und Schneefälle, Hochwasser und eingeschneite Dörfer, Lawinenopfer. Zeugnisse des menschengemachten Klimawandels, der sich nicht mehr nur in fernen Ländern abspielt, sondern vor unserer Haustür. Deutlich zu spüren war dies nach einem verheerenden Gewitter vor drei Jahren, als in Schwäbisch Gmünd zwei Menschen ihr Leben verloren und die Stadt landunter war. Niemand, außer ein paar ewig Gestrigen stellt das außer Zweifel. Doch ändert das unser Verhalten? Fahren wir öfter Bus oder Fahrrad? Gehen wir häufiger zu Fuß? Den täglichen Staus auf der Remsstraße, der Mutlanger Straße und der Königsturmstraße nach zu schließen eher nicht. In den Morgenstunden sind die Busse leer. Die Leihfahrräder nicht ausgeliehen, die Fußgänger drücken sich zaghaft zwischen Autos hindurch.

„Wir gehen mit dieser Erde um, als hätten wir eine zweite im Kofferraum“

stellte Jane Fonda schon vor vielen Jahren fest.

Laut der offiziellen Seite des *Overshoot Day* würde die Menschheit 3,2 Erden benötigen, wenn jeder Mensch auf der Welt nach dem deutschen Standard leben würde. 5% der 7 Milliarden Menschen, die die Erde bewohnen, verbrauchen 25% aller verfügbaren Ressourcen. In Deutschland gab es Anfang 2009 über 41 Millionen Personenkraftwagen, etwa 5-mal so viel wie auf dem ganzen afrikanischen Kontinent.

In Deutschland beansprucht ein Mensch im Durchschnitt 5,1 Hektar, in den USA sind es 9,6 ha, in den Vereinigten Arabischen Emiraten sogar 11,9. In China sind es lediglich 1,6 und in Indien nur noch 0,8.

Auch diese Tatsache bewegt uns nicht. *“WIR müssen uns einschränken, aber ICH nicht“* - das ist die dominierende Haltung der Mitglieder der westlichen Konsumkulturen (Spiekerooger Klimagespräche). Mit dem SUV werden Einkäufe erledigt. Man fliegt mal eben kurz nach London zum Shoppen oder für ein Wochenende nach „Malle“. Dazwischen eine Fernreise mindestens nach Thailand, in die Karibik oder auf die Malediven. *„Einer allein kann eh nichts tun!“* So die Aussage von vielen. Jeder kann was tun! Hier vor Ort. Aus diesem Grund haben wir unsere Rede mit dem wohl bekannten Slogan des *Club of Rome* überschrieben: *„Global denken - lokal handeln!“*

Chapeau für all die Schüler und Schülerinnen in Schwäbisch Gmünd, die sich der Bewegung *„#fridaysforfuture“* anschlossen, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen. Ist es doch ihre Zukunft, die durch drohende Klimakatastrophen in Gefahr ist. Wir sind in der Verantwortung!

Der von uns geforderte Klimabericht zeigt, wie wichtig die Erhaltung von Kaltluftzonen für unser Stadtklima ist. Die vorgestellte Klimaanalyse hat uns allen vor Augen geführt, dass wir eine bewusstere, ökologisch verträglichere Stadtentwicklung betreiben müssen. Das bedeutet auch, Wärmeinseln zu vermeiden in der Stadt, also mehr

Grünflächen. Dadurch kann die Aufheizung von versiegelten Flächen vermieden werden. Die Ausweisung von neuen Baugebieten sollte gemäß Einhaltung von Klimavorgaben, Flächenmanagement, und der Devise „innen vor außen“ erfolgen. Durch Biotopvernetzung innerhalb von Siedlungsgebieten und Straßenführungen könnten Flora und Fauna erhalten und verbunden werden. Der Landschaftsversiegelung sollte mit Ausgleichsmaßnahmen vor Ort entgegengewirkt werden und nicht irgendwo durch den Handel mit Ökopunkten. An dieser Stelle begrüßen wir die Bereitschaft der Stadt, zusammen mit den Umweltschutzverbänden auf Hausbesitzer zuzugehen, ihre Gärten ökologischer zu gestalten, wie es Herr Baubürgermeister Mihm bei der Informationsveranstaltung zum Waldkindergarten vorgeschlagen hat. Fangen wir im Taubental gleich an.

Auch bei Gewerbeansiedlungen erwarten wir künftig mehr Dach- und Fassadenbegrünung. Die Versiegelung minimieren, Regenwasserrückhaltung, insektengerechte Beleuchtung etc. umsetzen. Maßnahmen gibt es viele. So gedeiht unter den Solarpanels auf der Mutlanger Heide sicher auch eine Blumenwiese.

Unser Masterplan „*Gmünd 2020*“ sieht in geplanten Baugebieten allein in diesem Jahr mehr als 250 Wohneinheiten in den einzelnen Stadtteilen vor. Hier sollten Vorschriften bzgl. Dachbegrünung und Versickerung durch entsprechende Gestaltung der Einfahrten, des Gartens etc. festgeschrieben werden. Wir sprechen uns darüber hinaus für die Kontrolle von Pflanzvorgaben in neuen Baugebieten aus.

Blumenwiesen und Hecken aus heimischen Sträuchern statt Thuja und Schottergärten. Durch eine Baumschutzverordnung sollte der Baumbestand auch in Privatgärten kontrolliert werden, so dass Kahlschläge auf Privatgrundstücken, wie sie erneut am Nepperberg und anderswo stattfanden, vermieden werden.

Urban Gardening findet auch hierzulande immer mehr Anhänger. Die Stadtverwaltung könnte prüfen, wo weitere Flächen dafür gewonnen werden können, etwa am Josefsbach und an der Grabenallee. Dazu eignen sich auch Flachdachflächen.

Verkehr

Auch wenn die Luftqualität in Schwäbisch Gmünd besser geworden ist, so ist es angesichts der täglichen Staus auf Gmünder Straßen - trotz Einhorntunnel - dringend notwendig weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas in die Wege zu leiten. Der Busbetreiber Stadtbus hat nun zwei erste elektrische Kleinbusse in Betrieb genommen. Es gibt gut nachgefragte Carsharing-Angebote, Fahrräder und Pedelecs können am Bahnhof und am Marktplatz geliehen werden.

Am Wochenende kostet die Busfahrt einen Euro. Aber fahren deswegen weniger Menschen mit dem Auto in die Stadt?

Busfahren ist für die meisten PKW-Besitzer nur was für Schüler, Senioren und Sozialschwache. Hier muss ein Umdenken stattfinden! Die Stadtverwaltung könnte mit gutem Beispiel voran gehen. Wie wäre es, wenn vom Rathaus das Motto ausginge: „*Ohne Auto in die Stadt?*“

In der nordspanischen Stadt Pontevedra funktioniert dies schon seit 20 Jahren. In der "Stadt ohne Autos" gibt es im Zentrum nur noch die Autos von Anwohnern, sowie Lieferwagen und den öffentlichen Nahverkehr. Dafür gibt es keine Fahrbahnmarkierungen, keine Unterschiede zwischen Bürgersteig, Fahrradweg und Fahrbahn für die Autos. Ebenso sind alle Verkehrszeichen und Ampeln verbannt. Die Grundregeln sind sehr einfach: Fußgänger haben **immer** Vorfahrt. Am zweitwichtigsten sind die Radfahrer, erst dann kommen motorisierte Fahrzeuge, die auch nur höchstens 30 Stundenkilometer schnell sein dürfen. Und, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, es funktioniert.

Die Ladenbesitzer, die anfangs gegen die Einrichtung der autofreien Zone protestiert hatten, beruhigten sich schnell: Denn entgegen den Befürchtungen stiegen ihre Umsätze.

Viele Parkplatzangebote außerhalb der Innenstadt sind gratis.

Auch außerhalb des historischen Zentrums profitierten die Geschäftsleute von der drastischen Beschränkung des Autoverkehrs.

Die zeitraubende Parkplatzsuche hatte immer mehr Kunden abgeschreckt. Die Umsätze steigen, weil nun entspannte Kunden zu Fuß oder mit dem Fahrrad kommen und mehr Geld ausgeben! Ein Nebeneffekt: Im Gegensatz zu den meisten anderen spanischen Städten verlagerte sich das Gros des Einzelhandels nicht an riesige Supermärkte am Stadtrand.

Unsere Stadt hat die optimalen Voraussetzungen für eine solche Maßnahme. Eine zusätzliche Touristenattraktion, Herr

Oberbürgermeister. Daher stellen wir den Antrag, in der gesamten Innenstadt Tempo 30 einzurichten, die Ampeln zu entfernen und Pläne, sowie Hinweisschilder aufzustellen, wie weit die fußläufigen Entfernungen sind. Ich bin sicher viele Besucher der Stadt sind überrascht, dass die Entfernung vom Bahnhof in die Innenstadt in allerhöchstens 7 min zu bewältigen ist.

Sehr viele Gruppen aus allen europäischen Städten besuchen die „Stadt ohne Autos“, daher regen wir an, eine Dienstreise mit Vertretern des Gemeinderates und der Verwaltung nach Pontevedra zu machen, um die Verhältnisse vor Ort zu erkunden.

Auch im Ländle gibt es Initiativen für eine u. a. klimafreundlichere Ausrichtung der Innenstädte. So fordert das Verkehrsministerium mit der Aktion „Das Land macht Fußgängern Beine“ Städte und Gemeinden auf, das seither wenig beachtete Thema Fußgänger neu zu bewerten. Der fußläufige Verkehr erfährt bisher sehr wenig Unterstützung, obwohl er gesundheitsfördernd und kostengünstiger für die Kommunen ist.

Das Verkehrsministerium hat für diese Fußgängerförderung einen sechsstelligen Betrag für einen Fußgängercheck zur Verfügung gestellt. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, sich bei dieser Maßnahme zu bewerben.

Sichere und angenehme Fußwege könnten weicher und nachhaltiger Standortfaktor sein, der Besucher anzieht, und der Verödung der Innenstädte entgegenwirkt. Unsere Stadt

als nachhaltig klimafreundliche Gemeinde, ein weiterer Baustein für ein zukunftsfähiges Schwäbisch Gmünd.

Auf dem Weg zur autofreien Innenstadt müssen zunächst kleinere Maßnahmen in Angriff genommen werden: die schmalen Gässchen in der Altstadt für Besucherverkehr sperren (z. B. Milchgässle), zumindest nur in Einbahnrichtung befahren. Die Verkehrsplanung „um's Stöckle“ muss neu überdacht werden. All diese Verkehrskonzepte wären jedoch mit einer Autofreien Innenstadt überflüssig, Herr Oberbürgermeister.

Fangen wir mal bescheiden an und verschärfen die Kontrolle von unerlaubt Parkenden auf dem Münsterplatz oder in der Kornhausstraße, vor allem in den Abendstunden.

Das Angebot des ÖPNV in Schwäbisch Gmünd ist zufriedenstellend, aber durchaus verbesserungsfähig. So braucht es Taktzeiten statt Fahrplanheften und Kästen, elektronische Ankündigungen der Abfahrtszeiten auf Tafeln am ZOB, der Ledergasse und auf dem Marktplatz. Viele Ortsunkundige finden sich mit dem bisherigen System überhaupt nicht zurecht.

Die Abfahrtszeiten der Busse sollten auch dringend auf die Ankunftszeiten der Züge abgestimmt werden. Wir erinnern an frühere Anträge.

Weitere Elektrokleinbusse könnten für Fahrten von Parkplätzen außerhalb der Stadt in die City eingesetzt werden. Die Akzeptanz des ÖPNV in den Abendstunden und an Wochenenden ist ganz gut, daher sollte es mehr 1 Euro Fahrten geben, auch früher am Tag und mehr Angebote für

unsere Jugendlichen später in der Nacht. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung Gespräche mit dem Busunternehmer einleitet.

Nach den Fußgängern sind die Fahrradfahrer Verkehrsteilnehmer, die mehr und mehr Beachtung verdienen. Herr Oberbürgermeister, Sie erwähnen die Alltagsradler. Ihre Anzahl in Schwäbisch Gmünd ist noch sehr gering. Für sie braucht es zusammenhängende Fahrradwege. Für die neuen Baugebiete müssen Radwegeverbindungen mit in die Planungen einbezogen werden. So kämpft der Arbeitskreis Mobilität und Verkehr schon seit langem für einen Verbindungsweg vom Baugebiet Emerland in Straßdorf zur nahen Klepperlestrasse. Das dürfte keine allzu teure Maßnahme sein. Die Radwegeverbindung von der hinteren Schmiedgasse zum Pfitzerkreisel muss dringend verbessert werden.

Stadtentwicklung

Innenstadt

Fünf Jahre nach der erfolgreichsten Landesgartenschau Baden-Württembergs steht Schwäbisch Gmünd kurz vor der Eröffnung der einzigartigen, weil interkommunalen, Remstalgartenschau. Mit dem wunderschönen Motto „unendlicher Garten“ erhält unsere Stadt eine neue großartige Chance, sich zu präsentieren. Die „Gärten der Welt“ machen Gmünd zum Publikumsmagneten! Neue Rundwege locken nicht nur Besucher von außerhalb in die Stadt.

Der Königsturm erfährt durch die geplanten Baumaßnahmen und den Rosengarten endlich die Würdigung, die einem solchen Kleinod zusteht. Das jüdische Haus, ein Juwel der Stadtgeschichte, kann zum Teil besichtigt werden. Der Leonhardsfriedhof wird zum besonderen Ziel. Auf der Via Sacra in Gamundia pilgert der Besucher über die Honiggasse zum Spital und weiter zum Salvator. Diese Remstalgartenschau katapultiert Gmünd noch weiter nach vorne. Wir sind überzeugt, dass viele Besucher aus Nah und Fern die Gelegenheit wahrnehmen werden, auch länger in unserer Stadt zu verweilen.

Ich darf an dieser Stelle passend zur Jahreszeit die wohlbekannten Worte aus dem Osterspaziergang von Goethes Faust zitieren:

*„Ich höre schon des Dorfs Getümmel,
Hier ist des Volkes wahrer Himmel,
Zufrieden jauchzet groß und klein:
Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein!“*

Unsere Stadt, wie Sie sagen, Herr Oberbürgermeister, spielt nun in einer anderen Liga. Eine Liga, die sich durch besondere Maßnahmen zur Nachhaltigkeit noch besser auszeichnen kann.

Lassen Sie mich nun einige Gedanken zur leidigen Diskussion über den Zeiselberg verlieren. Zunächst gehörte der Zeiselberg zu der Planung der Landesgartenschau, dann ergab sich die wunderbare Chance zur Remstalgartenschau, das i-Tüpfelchen des grünen Bandes oder Kleeblattes zu verwirklichen.

Unsere Fraktion bedauert es sehr, dass die durchaus attraktive Planung der Umgestaltung des Zeiselbergs sich so verzögert hat. Angetrieben von den Eigeninteressen der Anlieger befürchteten plötzlich besorgte Bürger der Stadt die Zerstörung eines“ lauschigen Plätzchens“ über den Dächern von Gmünd, gern und oft besuchter Berg. Mit einer drohenden XXXL-Gastronomie wurden Gmünder bewusst verunsichert. Man befürchtet Parkplatzsuchverkehr, immense Lärmbelästigung, verdeckte Wohnbebauung und vieles mehr. Müßig, darauf aufmerksam zu machen, dass gastronomische Betriebe in der Innenstadt auch keine Stellplätze haben und dennoch florieren. Müßig, auch die zweifelhafte Vergangenheit des Zeiselbergs als Müllhalde und Angstraum zu erwähnen. Das Ergebnis ist nun eine provisorische Gastronomie, zum Frommen der Anlieger und zum Nachteil des Investors und der Stadt. Schade! Respekt zollen wir dem Investor, der nach wie von dieser Planung überzeugt ist und daran festhält.

Erhaltung Bausubstanz

Schwäbisch Gmünd wurde nie durch Kriege zerstört und hat somit eine Vielzahl an denkmalgeschützten und erhaltenswerten Gebäuden. Die Bürgerinitiative „*Lex Gamundia*“ hat die Stadtverwaltung, den Gemeinderat und die Bürgerschaft für schützenswerte Gebäude nicht nur in der Innenstadt, sondern auch an deren Rand sensibilisiert. Eine behutsame Innenentwicklung soll nicht aus den Augen verloren werden, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, betonen.

Denn auch auf städtischem Grund sind für 2019 250 Wohneinheiten geplant. Zählt man zusätzliche Investorenbebauungen dazu, werden es sogar 550.

Ein ehrgeiziges Unterfangen, dessen einzelne Ausführungen nicht immer in das jeweilige Altstadtquartier passen. Hausbesitzer müssen auf die Stadtbildgestaltung und Fassadenprogramme und die Nutzung leerstehender Gebäude angesprochen werden. Das Kreuz-Areal an der Kapuzinergasse, die Woha-Gebäude, die leergefegte Rinderbacher Gasse, die hintere Schmiedgasse etc. warten auf Belebung. Dringenden Bedarf an Stadtbildgestaltung und Ausführung eines zügig umgesetzten Fassadenprogramms hat die Mutlanger Straße! Der Schandfleck unter den Stadtentrées. Da helfen auch nicht zahlreiche Europafahnen und das Warten auf eine Lösung nach dem Umzug der Eisengießerei. Mit wenigen Maßnahmen könnten die ärgsten Probleme behoben werden. Wie wäre es mit einer Prämierung für besonders gut sanierte Stadthäuser?

Immer mehr Einzelhändler schließen ihre Läden. Geschäftsaufgabe wegen Online-Handel? Auch wenn diese Konsumform jetzt vielleicht noch zunimmt, wird das Einkaufen bald wieder andere Ansprüche haben. Einer davon ist die Begegnung, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, richtig erkannt haben. Damit meinen wir nicht nur die Begegnung in der Gastronomie, sondern auch in Buchhandlungen, Bekleidungsläden oder Schmuckateliers. Aufenthaltsanreize durch Kommunikationsangebote, Getränke, Musik etc. können hier einiges bewirken.

Die Innenstädte unterscheiden sich immer weniger voneinander. Filialisten der großen Modemarken oder Brillenhersteller wechseln sich ab mit Handyläden. Was den Reiz einer Stadt ausmacht sind die individuellen Inhabergeführten Geschäfte. Wir brauchen auch in Schwäbisch Gmünd ein breitgefächertes Angebot. Nun ist das natürlich nur sehr schwierig umzusetzen, da die Stadt nicht alle Häuser im Zentrum aufkaufen kann und so die Ladenbelegung steuern, wie wir das in Frankfurt kennen lernen durften. Da bleibt wieder nur die Sensibilisierung der Hausbesitzer.

Wer schaut denn beim Schaufensterbummel gerne in den fünften Handyladen in Folge oder bleibt fasziniert vor dem dritten Brillenladen stehen?

Cafés mit stilvoller Einrichtung und besonderem Flair sind attraktiver als die siebte Sportsbar mit Sky.

Sauberkeit

Nicht nur die Verschmutzung der Gebäude durch Graffiti schadet der Qualität unserer Innenstadt, sondern auch die Verschmutzung durch wilde Müllablagerungen, achtlos weggeworfene Zigarettenkippen und Kaugummis! Derartige Vergehen müssen schärfer geahndet und teurer bestraft werden. Auch bei uns machen Müllsünder nicht Halt vor Friedhofscontainern, Fußwegen und Parkplätzen. Für Zigarettenkippen gibt es genügend Aschenbecher an Mülleimern! Eine Zigarettenkippe verunreinigt 60 l Wasser mit ihren toxischen Inhaltsstoffen. Kaugummis müssen nicht auf die Straße gespuckt werden.

Sie zu entfernen ist Extremschmutzbeseitigung und kostet bis zu einem Euro pro festgetretenem Kaugummi.

In manchen Städten wurden bis zu 90 dieser Placken pro Quadratmeter gezählt.

Angesichts der Tatsache, dass auch Verpackungsmaterial immer mehr auf der Straße entsorgt wird, möchten Ihre Initiative, Herr Oberbürgermeister, zusammen mit den Nachbargemeinden, die Stadt Plastiktütenfrei zu machen außerordentlich begrüßen. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Sicherheit

Für die Bewohner unserer Stadt und ihre Besucher ist das Sicherheitsempfinden unterschiedlich, vor allem in den Abendstunden. Belebte Plätze stellen kein Problem dar, dunkle Gassen, wenig beleuchtete Straßen schon eher. Wir sind deshalb der Meinung, dass eine zusätzliche Personalstelle beim KOD hilfreich wäre zur Kontrollpräsenz. Dazu stellen wir einen **Antrag**.

Tourismus

„Deutschland gehört weltweit zu den Topzielen – Städtereisen sind beliebt“ so war es am 12. 1. auf der Seite 3 in der RZ zu lesen. Davon profitiert auch Schwäbisch Gmünd zwischen Himmel und Erde. Wir freuen uns darauf, wieder viele Besucher in unserer Stadt willkommen zu heißen. Wir sind überzeugt, dass sie kommen. Junge Familien, die sich an den einmaligen Angeboten für Kinder und Jugendliche erfreuen. Outdoor-Touristen, die unsere Stadt mit den Fahrrädern, mit dem Zug oder sogar zu Fuß erkunden. Für sie gibt es neu ausgewiesene Fahrradwege, unter anderem einen Planetenweg, Wanderwege zum Kalten Feld oder Rosenstein.

Wir treffen längst nicht mehr nur Tagestouristen in unseren Mauern an, sondern Besucher, die hier einige Tage verbringen möchten. Das ist die neue Liga, in der wir spielen und die wir halten wollen.

Dazu passt auch eine Idee, die ich nicht nur einmal in unterschiedlichen Gremien vorgeschlagen hatte, nämlich kleine goldene Einhörner vor Sehenswürdigkeiten in das Pflaster einzulassen, um so einen Weg durch die Stadt zu gestalten, der mit einem passenden „*Einhornführer*“ ausgestattet, vor allem jungen Besuchern Freude bereiten könnte, Gmünd auf eigene Faust zu erkunden. Dazu stellen wir einen **Antrag**.

Abendliche Führungen werden immer mehr gewünscht, z. B. von Firmenbesuchern, AGV-Gruppen oder Studenten. Dazu sollte die Zugänglichkeit bestimmter Gebäude überprüft und vereinfacht werden. Das Rathaus hat ein sehr schönes Barockzimmer, das optimaler Ausgangspunkt wäre für die Barockführungen, aber abends und sonntags?

Das Remsparkhotel ist das Sahnehäubchen am Bahnhofsareal und erfährt große Akzeptanz. Eine mondäne Adresse, die sogar Stuttgarter Konzerne schätzen. Zu diesem ganzen Arrangement hätte ein Erlebnisbad besonders gut gepasst. Dann müssten auch Schulklassen aus Schwäbisch Gmünd nicht mehr am Wintersporttag ins „Oskar-Frech-Bad“ fahren...

Was in Schwäbisch Gmünd dringend fehlt im Jubiläumsjahr der Jugendherbergen, ist eben eine solche oder ein Jugendhotel.

Wir hatten die Chance, dies in der Nähe der ehemaligen Jugendherberge zu realisieren, ein optimaler Standort durch Bahnhofsnähe, auf dem Weg zum Naturatum, der Kugelbahn und dem Himmelsgarten. Die Fakten sind bekannt. Die Stadt sollte sich auf intensive Suche nach einem möglichen Gebäude oder einer Fläche begeben.

Kultur

Schwäbisch Gmünd hat zweifelsfrei ein üppiges kulturelles Angebot und attraktive Einrichtungen. Festivals mit internationalem Ruf, wie das europäische Kirchenmusikfestival. Dieses Jahr steht es unter dem Motto „Alles im Fluss“ passend zur Remstalgartenschau. Das einzigartige Schattentheaterfestival, das Besucher aus der ganzen Welt nach Schwäbisch Gmünd bringt ist ein besonderes Highlight. Es gibt kleine aber feine Angebote in der Theaterwerkstatt, renommierte Ausstellungen im Prediger.

Der Prediger selbst scheint bis auf Weiteres in seinem Ausbau auf Eis gelegt. Eine wirkliche Verbesserung hat sich bislang durch die Verlagerung des Museumsshops ins Erdgeschoss ergeben. Der Besucher sieht nun deutlich, dass sich hier ein attraktives Museum befindet.

Der Innenhof ist jedoch immer noch unpersönlich und harrt einer Veränderung in Richtung Klosterhof entgegen. Wir freuen uns auf die Vollendung der Museumserweiterung und auf die Schatzkammer! Endlich ist die reiche, lebendige Geschichte Schwäbisch Gmünds von Beginn bis heute in Rundgängen durch die einzelnen Stockwerke erlebbar. Wir sind gespannt auf die Arbeit des neuen Museumsleiters und danken Frau Dr. Boosen für ihren Einsatz.

Erinnerungskultur

Das Gebäude Imhofstraße 9 ist eine herausragende Adresse während der Remstalgartenschau und danach. Nun haben Besucher die Möglichkeit, die Geschichte der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde vor Ort zu erleben. Ein über die Jahre vernachlässigtes Viertel erfährt damit die schon lange verdiente Aufwertung. Der Judenhof, das Judenbad, die Judenmühle haben über Jahrhunderte ihre Namen behalten, obwohl sich Juden über mehr als 350 Jahre in Gmünd nicht mehr ansiedeln durften.

Wir sind aufgefordert, der Geschichte einer lebendigen jüdischen Gemeinde im Mittelalter Respekt zu zollen. Wir sind auch aufgefordert, die Ausweisung der Mitglieder dieser Gemeinde zu Beginn des 16. Jahrhunderts nicht zu vergessen. Wir müssen der Diskriminierung, Denunziation und Ermordung der Juden während des III. Reichs gedenken und dem heute besorgniserregend wachsenden Antisemitismus entschieden begegnen. Herr Oberbürgermeister, dass dies heute mit der entsprechenden Würde geschieht, ist Ihrem Einsatz zu verdanken. Wir wollen unsere gemeinsame Vergangenheit mit weiteren Gedenktagen, zusätzlich zum Holocaustgedenktag, dem 9. November, der Reichskristallnacht, bei uns allen im Gedächtnis verankern. Deshalb ist es wichtig 2021 den 500sten Jahrestag des ewigen Ansiedelungsverbots für Juden in der Reichsstadt Gmünd mit einer Gedenkfeier zu begehen und die Erneuerung der Ächtung der Juden in der Schwurformel am Schwörtag kritisch zu reflektieren.

Die Aufarbeitung der Zwangsarbeit spielt auch in Gmünd eine wichtige Rolle.

Vor einigen Jahren durfte ich im Rahmen einer Geschichtswerkstatt der VHS im Künzelstollen, der von Zwangsarbeiterinnen ausgehoben wurde, eine Informationsveranstaltung durchführen. Gmünd hatte sehr viele dieser in Kategorien eingeteilten „Fremdarbeiter“. Dazu ein Ausländerkrankenhaus und eine Abtreibungsbaracke für schwangere Zwangsarbeiterinnen. Es ist höchste Zeit, dass dieses unrühmliche Kapitel aufgearbeitet wird und nicht nur in Aufsätzen der Einhornjahrbücher zu lesen ist.

Wir wünschen uns auch, dass der Arbeitskreis Erinnerungskultur je nach Thema flexibel besetzt wird.

Bürgernähe

Wenn Gmünder Bürger sich für oder gegen Projekte engagieren ist das zu begrüßen, denn häufig kommen wichtige Anregungen und Kritik von ihnen. Einsprüche werden vom Gemeinderat ernst genommen, diskutiert und abgewägt. Der Gemeinderat beschäftigt sich intensiv mit den Einwendungen der betroffenen Bürger/innen. Er muss aber auch das Gemeinwohl im Auge haben. In letzter Zeit jedoch drängt sich immer häufiger der Eindruck auf, dass manche Kritiker, Leserbriefschreiber und Unterzeichner von Unterschriftenlisten hauptsächlich die Kritik an der Stadtverwaltung im Visier haben. Denn es sind immer wieder dieselben Unterschriften bei verschiedenen Vorhaben. Nach der Landesgartenschau war es die Kritik an der Nachnutzung des Himmelsgartens, der einstigen Maisfelder. Wer bezweifelt heute noch die Nachhaltigkeit des ehemaligen Landesgartenschauengeländes?

Dazu kommen der Zeiselberg, das Hallenbad, das Pflegeheim Schönblick, und jetzt sogar der geplante Waldkindergarten! Wie traurig ist das denn? Werden hier **nicht** viel mehr unter der Vorgabe ökologischer Belange Eigeninteressen kaschiert? Wer Klimaschutz ausschließlich auf den Nepperberg und das Hallenbad bezieht und nur dort Kaltluftschneisen in Gefahr sieht, kann nicht ernst genommen werden.

Sonst hätten besorgte Ökologen im Gemeinderat und in den Bürgerinitiativen schon die Bebauung unterhalb der Villa Pfander ablehnen müssen, das Baugebiet Holder in Großdeinbach mit 90 Wohneinheiten oder an den Käppelesäckern in Straßdorf. Gibt es am Waldrand und an den übrigen Hängen von Gmünd keine Kaltluftzonen?

Wohnraumförderung

Die Immobilienpreise explodieren und Mieten steigen in unermessliche Höhen. Für junge Familien rückt das Eigenheim, die eigene Wohnung immer weiter in die Ferne. Daher ist die Initiative der Stadt „Jung kauft Alt“ begrüßenswert. Bezahlbarer Wohnraum fehlt überall! 10 000 neue Bürger für Schwäbisch Gmünd! Ein ehrgeiziges Projekt aus dem Strategiepapier „Gmünd 2020“. Die Freiburger Bürger stimmten mit großer Mehrheit für das Baugebiet Dietenbach, das 15 000 Menschen Wohnraum geben soll. Auch bei uns ist die Nachfrage nach Bauplätzen und Wohnungen sehr groß. Wir brauchen neue Baugebiete, die uns künftig die Chance geben, Mobilität und Bebauung von Anfang an neu zusammenzudenken.

Allerdings dauert die Entwicklung der Bebauungspläne bis zur Umsetzung sehr lange. Die Neubauten von Investoren in der Innenstadt sind oft zu teuer. Wichtig wird es sein, mögliche Steuerungselemente zu diskutieren und wir sind gespannt auf die Strategie der Taskforce. Die Stadtverwaltung ist in diesem Zusammenhang aufgefordert, erneut an die Hausbesitzer zu appellieren, Wohnungen zu vermieten, statt leer stehen zu lassen oder für „*airbnb*“ freizuhalten.

Soziales, Bildung und Betreuung

Die Unterbringung in Kitas ist für junge Familien in Schwäbisch Gmünd dramatisch. Wie Herr Arnhold bei der Informationsveranstaltung „Waldkindergarten“ eindringlich den Zuhörern deutlich machte, fehlen 100 Kitaplätze!

Junge Familien stehen unter dem Druck, Plätze für ihre Kids zu bekommen und melden diese schon gleich nach der Geburt bei den Einrichtungen an.

Traurig und beschämend das Verhalten der Taubentalbewohner zum geplanten Waldkindergarten! 20 Kinder zertrampeln den fünfblättrigen Lerchensporn, vertreiben die letzten Tiere aus dem ganzen Taubental und sorgen für das absolute Verkehrschaos auf der Taubentalstraße.

Haben diese selbsternannten Ökologen nicht vielmehr den Status quo ihrer Gabionen ummauerten Festungen im Sinn? Dies mit Unterstützung von Vertretern der Umweltverbände, die aus Sorge über den Flächenfraß im Taubental, sich damit zu den Erfüllungsgehilfen von Hausbesitzern machen.

Man sorgt sich um die einstmals unberührte Natur des Taubentals, wie es vor der Landesgartenschau noch war. Wie war es denn, bevor die Häuser der besorgten Bürger gebaut wurden im Taubental? In den USA gibt es hierfür einen treffenden Ausdruck: „*Not In My Backyard*“.

Hier möchten wir noch einmal auf die Initiative der Umweltverbände verweisen: mehr Ökologie in Privatgärten. Blumenwiesen, heimische Gehölze, Obstbäume statt Thuja und Rasen, wirken der dramatischen Abnahme von Wildbienen und Vögeln entgegen. 20 Kindergartenkinder wachsen im Waldkindergarten im Bewusstsein auf, der Natur mit Achtung zu begegnen, meine Damen und Herren.

Wir denken die mobile Jugendarbeit ist derzeit gut aufgestellt und hat mit ihren neuen Büroräumen auf dem Gelände der Jugendmeile den idealen Standort gefunden. Vor Ort, **da** wo sich viele Jugendliche auch in Zukunft aufhalten werden. Aber auch an anderen Brennpunkten der einzelnen Stadtteile werden die Mitarbeiter regelmäßig präsent sein, unterstützt von Fachpersonal aus Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen. Das Aufgabenfeld ist vielschichtig und komplex. Daher ist es sehr wichtig, dass es regelmäßige Absprachen mit Ordnungsdienst, Schulsozialarbeit, Polizei etc. gibt.

Einzelfallhilfe, Obdachlosigkeit, Schulprobleme, Schwierigkeiten in der Familie, werden immer mehr in Anspruch genommen und bedürfen einer stetigen Weiterentwicklung.

Sehr erfreulich ist eine Zunahme der Kontaktzahlen aufgrund der Projektarbeit. Dazu gehören das Rote Sofa, aber auch die Treffs in den Stadtteilen. So können die Jugendlichen erreicht werden.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir die Nachtwanderer, eine Gruppe Ehrenamtlicher, die sich zum Ziel gesetzt haben, Freitag abends durch die Stadt zu gehen und junge Leute anzusprechen, Kontakt herzustellen, um so durch Gespräche aufkommende Schwierigkeiten zu lösen. Gegenseitiges Verstehen und Vertrauen schafft sozialen Frieden!

So möchten wir hier den vielen ehrenamtlichen Helfern danken, die sich in den jeweiligen Vereinen Lebensfreude ohne Sucht, den Anonymen Alkoholikern oder dem Limit der Sozialberatung engagieren, um Jugendlichen vor oder bei einer Suchterkrankung beizustehen. Sie dürfen der Unterstützung durch unsere Fraktion sicher sein.

Digitalisierung

Wir können uns der Veränderung der Arbeitswelt durch Digitalisierung nicht entziehen. So ist es sehr wichtig, an unseren Schulen die logistischen Voraussetzungen, von Glasfaserinfrastruktur, Netzwerkpotenzialen und Systemadministration durch professionelle Assistenz zu schaffen. Aber viel schwieriger ist die Umsetzung in unterrichtlicher Praxis.

Unsere Zukunft ist ein Wettlauf zwischen der wachsenden Macht unserer Technologien und der Weisheit, mit **der** wir davon Gebrauch machen.

Wir sollten sicherstellen, dass die Weisheit gewinnt. So sollte es an Schulen auch um eine digitalkritische Pädagogik gehen.

Wichtig ist dabei die neue Rolle des Lehrers. Stoff und Methoden verändern sich, wenn Lernen in Interaktion mit intelligenten Maschinen stattfindet.

Das Einmaleins oder neue Lateinvokabeln werden Formen künstlicher Intelligenz in der Tat bald besser vermitteln können. Das anspruchsvolle Gespräch über die Faustlektüre in der Oberstufe aber kann der beste Computer nicht ersetzen.

Nur wenn ich weiß, wie Smartphones, Internet und algorithmische Steuerung funktionieren, kann ich ihre Folgen einschätzen. Digitalisierung mit Augenmaß: Einerseits sollten wir uns ihrer teilweise großartigen Möglichkeiten bedienen. Andererseits müssen wir die Schüler so stark machen, dass sie auch „*Nein*“ sagen können.

Der verantwortungsvolle Umgang mit den sich ständig erneuernden Technologien ist auch für Verwaltungen, den Gemeinderat und Privatpersonen eine Verpflichtung. Wir sollten nicht nur über *WhatsApp* und *Facebook* miteinander kommunizieren oder Kritik äußern. Wir sollten nach wie vor den Dialog suchen mit denen, die nicht unserer Ansicht sind und wieder lernen, andere Meinungen zu akzeptieren.

Herr Oberbürgermeister, mit dem Gmünder Weg und der Gmünder Charta der Gemeinsamkeiten hat unsere Stadt im Umgang miteinander bundesweit Beachtung gefunden.

„Bewirke Harmonie der Mitte, und Himmel und Erde kommen an ihren rechten Platz, und alle Dinge gedeihen. „

Mit diesem Zitat aus den konfuzianischen Lehren möchten wir ausdrücken, dass dies einer Ihrer großen Verdienste ist. In Gmünd bedeutet Integration Akzeptanz und Toleranz. Gemeinsam stemmten wir mit einem Heer von Ehrenamtlichen die Staufersaga, die Landesgartenschau und werden die Remstalgartenschau erneut zu einem Megaevent machen. Wir haben eine engagierte Verwaltung, einen einsatzbereiten Gemeinderat, einen neuen, sehr aktiven Jugendgemeinderat, einen aktiven Integrationsbeirat, interessierte Bürger und immer mehr Besucher. Wir sind offen für gute Ideen, wir gehen mutig neue Aufgaben an und wir möchten verantwortungsvoll unsere Stadt nach vorne bringen, deswegen werden wir dem Haushalt 2019 zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Arnold, Herr Dr. Bläse, Herr Mihm, Herr Bantel, Herr Ott,

zum guten Schluss möchte ich mich bei Ihnen allen herzlich für Ihren Einsatz zum Wohle unserer Stadt bedanken.

Ganz herzlich danken möchten wir auch allen Mitarbeitern der Verwaltung, die unsere Fragen immer geduldig beantwortet haben.

Bedanken möchte ich mich auch bei Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass sie meinen Ausführungen überwiegend geduldig gefolgt sind.

Haushaltswirksame Anträge:

- 1.) Einrichtung von Tempo 30 in der Innenstadt in einem noch zu definierenden Bezirk, sowie die Entfernung der Ampeln und Verkehrszeichen, zulässige Fahrten nur für Anwohner, ÖPNV, Lieferverkehr
- 2.) Marketingmaßnahme zur Verbesserung der Busfahrten in den Abendstunden und mehr 1-Euro-Fahrten
- 3.) Bau eines Fahrradwegs aus Baugebiet Emerland als Verbindung zur Klepperlestrasse
- 4.) Prämierung von gut sanierten Stadthäusern
- 5.) Zusätzliche Stelle beim KOD
- 6.) Einlassung von Einhörnern vor Sehenswürdigkeiten, dazu passenden Führer gestalten

Nicht haushaltswirksame Anträge:

- 1.) Die Verwaltung möge eine Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche des Wirtschaftsbeauftragten, Herrn Groll, sowie weiterer Mitarbeiter, die derzeit im Bereich Grundstücksvermittlung (Liegenschaftsamt) sowie Verkehrsinfrastrukturgestaltung tätig sind, insbesondere auch bzgl. den Mitarbeitern, deren Tätigkeitsbereich sich dem eines etwaigen Flächenmanagers oder einer Mobilitätsmanagerin überschneiden, vorlegen.

- 2.) Die Stadt möge bis zum 31.12.2019 eine oder mehrere Grundstücksalternativen für den Bau eines Feuerwehrhauses unter Darlegung einer Entwicklungsperspektive vorlegen.

- 3.) Die Stadt möge Gespräche aufnehmen bzgl. der Fortsetzung der Planung eines künftigen Hallenbades
 - a) Zunächst mit dem Regierungspräsidium, ob eine Genehmigungsfähigkeit besteht, wenn der Investitionsaufwand der Stadt auf jährlich 1,7 Mio. Euro begrenzt ist.
 - b) Mit den Investoren, ob sie bereit sind, die abgebrochenen Planungsgespräche fortzusetzen, insbesondere inwieweit durch die Verzögerung Mehrkosten entstanden sind.

- 4.) Die Stadt möge mitteilen, welcher Kostenaufwand die bisherige Planung für das Hallenbad verursacht hat.